

# VORWÄRTS BERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

## BERLIN AKTUELL

Michael Müller:

### BERLIN BLEIBT MIETERSTADT

Berlin ist die mieterfreundlichste Hauptstadt Europas. Das hat eine Umfrage im Auftrag der EU-Kommission ergeben. Damit zählt sich auch die langjährige Arbeit der Berliner SPD aus.

Die Basis für Mieterfreundlichkeit ist eine soziale Stadtentwicklung. Wir sorgen dafür, dass Bauen und Wohnen, Bildung, Integration, Soziales und Wirtschaft vernetzt werden. Es geht darum, die Berliner Quartiere und Stadtviertel weiter zu stabilisieren und die positiven Entwicklungen zu fördern.

Wichtig ist eine gerechte Mieten- und Baupolitik, die Raum für neue Wohnformen und das Wohnen im Alter schafft. Hier können die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften wichtige Impulse geben. Auch deshalb ist es richtig, dass wir durchgesetzt haben, dass ein großer Anteil von Wohnungen im städtischen Besitz geblieben ist.

Anlass zur Sorge geben Berichte, nach denen mehr Menschen aus Angst vor steigenden Mieten aus der Innenstadt wegziehen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Angebot an bezahlbaren Wohnungen gesichert bleibt. Eine gute Nachricht ist daher die Einigung beim Mietspiegel. Im Sommer 2009 erscheint ein neuer qualifizierter Mietspiegel, der von den Vermietern ebenso wie von den Mieterorganisationen getragen wird. Das war uns wichtig. Der Berliner Mietspiegel garantiert, dass sich Mieten transparent und sozial verträglich entwickeln, er gibt Mietern Sicherheit. Auf Bundesebene hat die SPD durchgesetzt, dass die für 2009 geplante Wohngelderhöhung um drei Monate vorgezogen wird. Auch das ist ein wichtiger Erfolg für die Mieterstadt Berlin. ■



Der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller.



Eröffnung einer Gesobau-Ausstellung zum klimagerechten Umbau im Märkischen Viertel: Gesobau-Vorstand Jörg Franzen, Senatorin Ingeborg Junge-Reyer, Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee und der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit.

## ENERGIEKOSTEN IM GRIFF

### Klimaschutz, der auch Mietern nutzt

**B**erlin wird zur Hauptstadt des Klimaschutzes. Die ehrgeizigen Ziele bei der CO<sub>2</sub>-Reduzierung sind aber nicht nur ein Beitrag zum Erhalt der Umwelt - sie kommen auch Mietern zugute, wie das Beispiel von Modernisierungsmaßnahmen im Märkischen Viertel zeigt.

„Wir wollen in der Stadt bezahlbaren Wohnraum haben“, fordert Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit. Diesem Ziel will die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gesobau im Märkischen Viertel entsprechen. Dort sollen in den kommenden Jahren rund 13.000 Wohnungen modernisiert werden. Für Mieter heißt das: mehr Komfort, aber nur eine finanzielle Mehrbelastung von wenigen Cent. Denn durch die energetische Sanierung können die Heizkosten mehr als halbiert werden.

Um die Sanierungsmaßnahmen in Höhe von über 400 Mio. € zu finanzieren wird die Gesobau AG Teile ihrer Jahresüberschüsse der kommenden Jahre investieren sowie zinsvergünstigte Darlehen aus dem CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm der KfW in Anspruch nehmen. Durch die energetische Modernisierung werden weit mehr als die Hälfte der der-

zeit im Märkischen Viertel entstehenden 40.000 t CO<sub>2</sub>-Ausstoß eingespart. Das Märkische Viertel, so GESOBAU-Vorstand Jörg Franzen, soll das erste Wohnquartier in Deutschland sein, das eine ausgeglichene Energiebilanz aufweist. Geprüft wird als Erweiterung der derzeitigen Fernwärmeversorgung der Bau eines Heizkraftwerkes auf der Basis regenerativer Energien.

Die Bildung eines Berliner Klimabündnisses zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung ist Teil des vom Berliner Senat im Juli 2008 beschlossenen Arbeitsprogramms Klimaschutz. Inzwischen haben dreizehn große Berliner Unternehmen ihren Beitritt erklärt.

„Ich freue mich“, so Klaus Wowereit, „dass wichtige Berliner Unternehmen sich hinter die Klimaziele des Senats stellen und sich mit eigenen Projekten in dem Bündnis engagieren.“ Es sei ein offenes Bündnis, dem jederzeit weitere Unternehmen beitreten können, betonte der Regierende Bürgermeister. „Das Bündnis ist ein bedeutender Schritt zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und unterstreicht, dass der Senat mit seiner Klimainitiative auf dem richtigen Weg ist.“ ■ U. H.